

PRESSEMEDLUNG

VdK: Menschen mit Behinderung wird gleichberechtigte Teilhabe zu oft verwehrt

„Mit der Bahn verreisen, das Internet nutzen, zum Arzt, zur Universität oder ins Kino gehen – für Menschen mit Behinderung ist das nicht selbstverständlich. Eine gleichberechtigte Teilhabe bleibt Millionen Menschen in Deutschland immer noch verwehrt“, so Ulrike Mascher, Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland, anlässlich des heutigen internationalen Tages der Menschen mit Behinderung.

Deutschland habe sich 2009 mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention zwar zu einer umfassenden Teilhabe von Menschen mit Behinderung verpflichtet. „Von einer inklusiven Gesellschaft sind wir aber immer noch weit entfernt. Bestehende Vorgaben werden oftmals nicht umgesetzt. In einigen Bereichen fehlen klare gesetzliche Regelungen ganz“, so Mascher. Die Bundesregierung müsse endlich geeignete Maßnahmen treffen, damit Menschen mit Behinderung nicht länger ausgegrenzt und benachteiligt werden. „Wohnungen, Verkehrsmittel sowie alle privaten Güter und Dienstleistungen müssen endlich so gestaltet werden, dass sie für alle zugänglich sind. Dazu gehören einheitliche Vorgaben mit verbindlichen Fristen, Kontrollen, Sanktionen sowie eine entschiedene Förderung durch den Bund“, fordert die VdK-Präsidentin.

Vor allem von einer gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderung am deutschen Arbeitsmarkt könne keine Rede sein. Etwa 40 Prozent der 7,5 Millionen schwerbehinderten Menschen sind im erwerbsfähigen Alter, das heißt, sie sind 15 bis 65 Jahre alt. „Diese Gruppe stößt auf dem Arbeitsmarkt auf viel zu viele Barrieren“, kritisiert VdK-Präsidentin Ulrike Mascher. Während die 11715 öffentlichen Arbeitgeber ihre Beschäftigungsquote mit 6,6 Prozent sogar übererfüllen, hinken die privaten Unternehmen noch gewaltig hinterher. 78,5 Prozent der 138095 Betriebe erreichen den vorgeschriebenen Beschäftigtenanteil von fünf Prozent nicht. In jedem vierten aller verpflichteten Betriebe arbeitet kein einziger Mensch mit Behinderung.

„Arbeit ist einer der wichtigsten Schlüsselfaktoren für gesellschaftliche Teilhabe“, betont Ulrike Mascher. „Wir fordern mehr Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten am allgemeinen Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung. Es darf zudem nicht sein, dass Betriebe keinen einzigen Schwerbehinderten beschäftigen. Arbeitgeber, die sich der Beschäftigungspflicht für Schwerbehinderte komplett entziehen, sollen eine erhöhte Ausgleichsabgabe zahlen.“

Heute übernimmt turnusgemäß für ein Jahr der Sozialverband VdK Deutschland den Vorsitz des Deutschen Behindertenrates (DBR). Der DBR ist ein breites politisches Aktionsbündnis der Behindertenverbände und Selbsthilfeorganisationen in Deutschland und engagiert sich seit vielen Jahren für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Im DBR haben sich über 140 Organisationen behinderter und chronisch kranker Menschen zu einem Aktionsbündnis vereinigt. Es repräsentiert mehr als 2,5 Millionen Betroffene in Deutschland. Der VdK ist der größte Behindertenverband Deutschlands.